



LÉGATION DE SUISSE
EN INDONÉSIE

DJAKARTA, den 14. Februar 1956.

Dialan Diponegoro No. 5
Téléphone: Gambir No. 4358
Heures de réception 10-12 h

Référence: Notre Politischer Bericht Nr. 3/1956
Votre

Prière de rappeler notre référence dans la réponse

Abbruch der
Genfer Verhandlungen.

Herr Bundesrat,

Es ist zwar heute noch zu früh, um die Auswirkungen des Scheiterns der Genfer Verhandlungen zwischen Indonesien und Holland in ihrer ganzen Tragweite zu überblicken. Doch scheinen mir schon die ersten Reaktionen in Djakarta einer kurzen Würdigung wert zu sein.

Die Stellungnahme der hiesigen Presse aller politischen Schattierungen hat sich zum ersten mal seit langem wieder auf dem grundsätzlich gleichen Nenner gefunden: Jetzt ist endgültig Schluss mit unserer nachgiebigen Haltung gegenüber den starrköpfigen, überheblichen Holländern.

Mit sofortiger Gültigkeit hat die Regierung Harahap gestern bereits die allerdings nur mehr auf dem Papier bestehende Union mit den Niederlanden einseitig aufgekündigt und bekanntgegeben, dass weitere Massnahmen unverzüglich erwogen würden. Man erwartet hier nun allgemein die baldige, ebenfalls unilateral zu erfolgende Aufhebung der ausgedehnten finanziellen und wirtschaftlichen Abkommen aus der Zeit der Round-Table-Konferenz, die den Holländern und ihren enormen Investitionen in Indonesien immer noch eine gewichtige Vorzugsstellung

Herrn Bundesrat Max Petitpierre
Chef des Eidg. Politischen Departements
B e r n

On est prié de joindre à toute demande l'affranchissement pour la réponse et de ne traiter qu'un objet par lettre

einräumen. Der sonst gemässigte Finanzminister Sumitro, selbst Delegationsmitglied, soll bereits wörtlich erklärt haben: "Für Indonesien besteht nun kein Grund mehr, mit Holland gute Beziehungen auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet zu unterhalten, nachdem die Verhandlungen an der Unnachgiebigkeit Den Haag's gescheitert sind. Künftig werden wir die Priorität für wirtschaftliche Beziehungen anderen Ländern einräumen und die noch bestehenden niederländischen Interessen auf diese übertragen." Solche Erklärungen, wenn auch wahrscheinlich etwas übertrieben, dürften wie Musik in den Ohren verschiedener ausländischer Kanzleien klingen. Warum sollte nicht auch die Schweizerindustrie an dieser Erbschaft, falls es wirklich so weit kommt, ihren Anteil erhalten?

Hiesige holländische Geschäftskreise machen denn auch in privaten Gesprächen kein Hehl weder über ihre Besorgnis für die Zukunft, noch über ihre Missbilligung der starren Haltung der Haager Regierung in den letzten Genfer Tagen. Es scheint auch, dass - wie bereits in meinem letztwöchigen Bericht angedeutet - das hiesige Niederländische Hochkommissariat die abschliessende Einstellung seiner vorgesetzten Regierung nicht voll versteht, ja sogar in einzelnen Punkten recht ernsthaft bekämpft haben soll.

Es sei in diesem Zusammenhang vermerkt, dass die Verhandlungen hauptsächlich scheiterten an der Frage der Zusammensetzung eines Schiedsgerichts für die Beilegung allfällig auftretender Streitfälle, sowie an der Abfassung einer vagen gemeinsamen Erklärung über künftige Besprechungen betreffend das von beiden Seiten beanspruchte, zurzeit unter holländischer Herrschaft stehende Gebiet von West-Neu-Guinea. In beiden Fragen soll bereits

vor mehreren Wochen grundsätzliche Einigung zwischen den beiden Delegationen erreicht worden sein, bis dann aus Den Haag das fatale Nein nach Genf übermittelt wurde.

Es ist allerdings anzunehmen, dass die holländische Presse und offizielle Information, mit ihrem weit wirkungsvolleren und weiterreichenden Apparat, die Sachlage unter anderen Gesichtspunkten darstellt und damit - wie üblich - auch in der Schweizerpresse massgebenden Widerhall findet. Besonders im vorliegenden Fall ist jedoch sicherlich das unserem Rechtsempfinden entsprechende "audeatur et altera pars" am Platze.

Ich hatte heute Gelegenheit, mich in einem ausgedehnten Gespräch mit dem Deutschen Botschafter, sowie einem hohen britischen und skandinavischen Diplomaten über die neue Lage zu unterhalten. Allseits zeigte sich, dass die holländische Haltung nicht verstanden und als kleinlich und vor allem als kurzsichtig angesehen wird. In der Tat sind die Niederlande, vom indonesischen Standpunkt gesehen, in den verflochtenen Verhandlungen nicht nur als Verfechter ihrer eigenen materiellen Interessen aufgetreten, sondern in gewissem Sinne auch als Wortführer des Westens überhaupt. Die Haager Regierung hat daher sicherlich eine doppelte Verantwortung für ihre Haltung zu tragen, einer Haltung, die von den Nationalisten und natürlich von den Kommunisten bereits mit Wonne für ihre Zwecke ausgebeutet wird.

Der hiesige Vertreter Bonns hat dabei etwas sarkastisch bemerkt, dass es jetzt - cum grano salis verstanden - nur noch einer Visite der Herren Bulganin und Khrushchev in Djakarta bedürfe, um das

Land für Moskau zu gewinnen.

Dies sind wohl allzu pessimistische Voraussagen, aber sie geben doch etwas von der Stimmung wieder, die hier in den letzten Tagen herrscht. Die ersten Reaktionen sind nun allerdings meist etwas heftiger, als eine kühlere Betrachtung in einem gewissen zeitlichen Abstand es rechtfertigt.

Eines steht fest: Der für nächsten Monat vorgesehene Besuch des amerikanischen Staatssekretärs in Djakarta gewinnt durch diese Ereignisse noch erhöhte Bedeutung, und jedes Wort und jede Handlung von Herrn Dulles wird von Freund und Feind genauestens abgewogen und interpretiert werden. Hoffentlich entschlüpfen ihm in der hiesigen Tropenhitze keine Bemerkungen wie etwa jene über Gôa; ein ähnlicher Zwischenfall könnte bei der jetzigen gespannten Stimmung verheerende Wirkungen haben. Kolonialismus ist hier zurzeit ein Thema, das auch den trügsten Bürger aufzurütteln vermag.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Borri.